

## **Attac DE**

### **CETA: SPD stimmt Machtausweitung der Konzerne zu**

#### **Rote Linien mehrfach überschritten / "Zusatzerklärungen" ändern Geist des Abkommens nicht**

19.09.2016

Attac kritisiert scharf die heutige Entscheidung des SPD-Parteikonvents, dem EU-Kanada-Abkommen CETA zuzustimmen.

Attac-Handelsexperte Roland Süß: "Mit dieser Entscheidung stimmt die SPD einer weiteren Machtausweitung der großen Konzerne zu und beschneidet gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten. Die SPD verleugnet die von ihr selbst gezogenen roten Linien: Mit CETA würde eine Klagewelle multinationaler Konzerne und Investoren ausgelöst. Der Ausnutzung unbestimmter Rechtsbegriffe wurde in dem Abkommen kein Riegel vorgeschoben. Selbst die öffentliche Daseinsvorsorge würde durch Konzernklagerechte unter Beschuss geraten. Auch für Verletzungen von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards gibt es in CETA keine Sanktionsmöglichkeiten. Die von SPD-Chef Sigmar Gabriel versprochenen Zusatzerklärungen ändern nichts am Geist des Abkommens."

Bei von Attac mit organisierten Demonstrationen gingen am Samstag mehr als 320.000 Menschen bundesweit gegen die Freihandelsabkommen CETA sowie TTIP mit den USA auf die Straße.

<http://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/ceta-spd-stimmt-machtausweitung-grosser-konzerne-zu/>

## **Campact**

### **SPD gibt Druckmittel zu CETA ohne Not aus der Hand**

*Berlin, 19.09.2016. Die Entscheidung des SPD-Konvents zu CETA kommentiert Campact-Vorstand Felix Kolb:*

“Diese Entscheidung ist enttäuschend und nicht nachvollziehbar. Selbst die Parteiführung um Sigmar Gabriel erkennt an, dass CETA nach wie vor große Schwächen hat. Mit der angekündigten Zustimmung im EU-Ministerrat gibt die SPD ohne Not ihr einziges wirkungsvolles Druckmittel aus der Hand. Sie hat dann nichts mehr, um die EU-Kommission zu wirklichen Nachverhandlungen zu bewegen. Stattdessen setzt die SPD auf eine Strategie, von der völlig unklar ist, ob sie die Probleme von CETA auch nur im Ansatz beheben kann.

Wir lassen nicht locker und werden dafür kämpfen, CETA im Ratifizierungsverfahren zu stoppen. Jetzt setzen wir auf die Grünen, die an Regierungen in zehn Bundesländern beteiligt sind. Und mit Berlin vielleicht demnächst in elf. Sie können und müssen CETA stoppen. Außerdem werden wir Druck auf die deutschen Europa-Abgeordneten machen, dem Abkommen nicht zuzustimmen. Und weiter im Süden geht es um die CSU, deren Basis dem Abkommen weit kritischer gegenüber steht als die Parteiführung. Das Volksbegehren in Bayern wird das sehr deutlich machen.”

<https://www.campact.de/presse/mitteilung/ceta-finale/appell/20160919-pm-ceta-spd-konvent/>

## **BUND**

### **SPD-Konvent brüskiert den Protest Hunderttausender Freihandels-Kritiker. Grundsätzliches Votum pro Ceta gefährdet Schutz von Umwelt und Verbrauchern**

Wolfsburg/Berlin: Hubert Weiger, der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), zeigte sich enttäuscht über das Votum des SPD-Konvents zugunsten des Freihandelsabkommens Ceta. Damit habe sich eine Mehrheit der Delegierten über den Protest Hunderttausender Kritiker und die ablehnende Haltung großer Teile der SPD-Basis hinweggesetzt. Das Plädoyer des Konvents für nachträgliche Präzisierungen des Ceta-Vertrages werde die negativen Auswirkungen des Abkommens nicht abmildern können. Inakzeptabel sei Ceta vor allem wegen der Sonderklagerechte für Großinvestoren und der Gefährdung von Standards zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern.

"Gabriel hat es geschafft, den Konvent mit Versprechungen und Vertröstungen über eventuelle Ceta-Nachbesserungen auf seine Seite zu ziehen. Große Teile der SPD und ihrer Wähler sehen die Freihandelsabkommen kritisch. Hunderttausende demonstrieren gegen Ceta und TTIP und die SPD schafft es nicht, über ihren Schatten zu springen und sich von Ceta zu verabschieden", sagte Weiger.

Die Ankündigung, im weiteren parlamentarischen Verfahren noch Änderungen am Ceta-Abkommen durchzusetzen, könne Gabriel nicht wirklich garantieren. „Nickt der EU-Ministerrat Ende der Woche Ceta ab, ist es höchst fraglich, ob sich später noch substantielle Änderungen im Vertragstext realisieren lassen. Das Votum des Konvents, Ceta nicht anzuwenden bevor es einen Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft gegeben hat, greift zu kurz. Eine vorläufige Anwendung schafft bereits Fakten, ohne dass die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben. Das ist und bleibt undemokratisch“, sagte der BUND-Vorsitzende.

"Sollte Gabriel beim EU-Rat in Bratislava Ceta durchwinken, wird der Protest gegen das fragwürdige Freihandelsabkommen weitergehen. Weder im EU-Parlament noch im Bundestag darf es Mehrheiten für sogenannte Freihandelsabkommen geben, die den Schutz von Umwelt und Verbrauchern gefährden", sagte Weiger.

## **Mehr Informationen**

- [Offener Brief an die SPD-Delegierten](#)
  - [Gutachten zu CETA in der Ratifikationsphase](#)
  - [Gutachten zum Recht auf Regulierung im CETA](#)
  - [Jetzt Protestmail an Bundesregierung verschicken](#)
  - Pressekontakt: BUND-Handelsexpertin Maja Volland, Mobil in Wolfsburg: 01 71 / 5 70 26 31, [maja.volland@bund.net](mailto:maja.volland@bund.net) bzw. Ernst-Christoph Stolper, BUND-Handelsexperte, Mobil: 01 72 / 2 90 37 51 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. (030) 2 75 86-425, [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net)
-

## Lobbycontrol

### Achtung SPD: Auch neue CETA-Schiedsgerichte bedrohen Demokratie Stopp CETA-Offensive - Lobbykratie verhindern

#### [Lobbyismus in der EU](#)

Pünktlich zum heutigen SPD-Parteikonvent veröffentlichen wir **gemeinsam mit anderen Organisationen aus Kanada und der EU unsere neue Studie „Verkaufte Demokratie.“** Die Studie befasst sich mit den umstrittenen Schiedsgerichten im CETA-Abkommen mit Kanada. Sie zeigt: Auch mit der angeblich reformierten Schiedsgerichtsbarkeit in CETA (dem sogenannten, Investment Court System ICS) verändert sich nichts grundlegend: Es entstehen einseitige Klagerechte für ausländische Unternehmen gegen Staaten. Von unabhängigen Gerichten kann auch nicht die Rede sein. Uns droht mit CETA und der damit verbundenen Ausweitung des Investitionsschutzes vielmehr ein Klageboom gegen Regulierungen im öffentlichen Interesse.

„In der Substanz ändert sich dadurch gar nichts“

Dass sich mit der angeblichen Reform nichts grundlegendes ändert, zeigt auch die Reaktion der in Schiedsverfahren involvierten Anwaltskanzleien selbst. Nigel Blackaby, Co-Chef für internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei der Anwaltskanzlei Freshfields in Washington, geht davon aus, dass die EU-Vorschläge zu reformierten Schiedsgerichten in CETA nichts Grundlegendes an der Schiedsgerichtsbarkeit verändern, „denn die Standards, nach denen geurteilt wird, bleiben die gleichen.“

Philip Morris könnte auch über CETA klagen

Mit anderen Worten: Klagen wie die des Tabakmultis Philip Morris gegen Anti-Tabak-Gesetze in Uruguay wären weiterhin möglich. Und auch, dass zukünftige Schiedsgerichte sie zugunsten der Investoren entscheiden. Es gehe beim jüngsten Vorschlag der Kommission daher lediglich darum, ISDS politisch zu retten, so Blackaby in der Österreichischen Tageszeitung [Der Standard](#).

Ein Werkzeug für Lobbyisten

Schiedsgerichtsbarkeit wird sich als praktisches Mittel für Lobbyisten erweisen. Denn sie können mit Klagen gegen unliebsame Regulierungen im öffentlichen Interesse drohen. Wie zahlreiche Beispiele der Vergangenheit zeigen, hat dies dazu geführt, dass Staaten erst gar nicht reguliert haben. Während also die umstrittene regulatorische Kooperation in CETA den Lobbyeinfluss bei Regulierungen stärkt, schaffen die Schiedsgerichte zusätzliche Erpressungsmittel, falls eine Regulierung im Raum steht.

Von wegen unabhängige Verfahren

Eines der Kernargumente der EU-Kommission und von Wirtschaftsminister Gabriel ist, dass die Verfahren bei Konzernklagen sich deutlich verbessern. Dazu stellt der Deutsche Richterbund, die größte Vereinigung von Staatsanwälten und Richtern, allerdings fest: „Weder das vorgesehene Verfahren zur Ernennung der Richter des ICS noch deren Stellung genügen den internationalen Anforderungen an die Unabhängigkeit von Gerichten.“

Sozialdemokraten müssen Demokratie verteidigen

Heute beim Parteikonvent entscheiden die SPD-Delegierten darüber, ob die Partei CETA zustimmen will. Unsere Studie zeigt: Schiedsgerichte in CETA gefährden die Demokratie. Dem zuzustimmen, stünde der SPD schlecht zu Gesicht.

<https://www.lobbycontrol.de/2016/09/achtung-spd-auch-neue-ceta-schiedsgerichte-bedrohen-demokratie/>

## Attac Österreich 19.09.2016, Neue CETA-Studie: Klagswelle ist zu befürchten

AK und Attac sprechen sich erneut vehement gegen das Abkommen aus. Die im CETA-Abkommen eingeräumten Investorenrechte könnten für die beteiligten Länder eine Flut an Klagen bringen – mit dem Ergebnis, dass letztendlich die SteuerzahlerInnen für den entstandenen Schaden aufkommen müssen. Denn die von der Europäischen Kommission vorgelegten „Reformen“ zur Beruhigung der KritikerInnen werden den Missbrauch des Systems durch Investoren und SchiedsrichterInnen nicht verhindern. Das zeigt die u.a. von der AK in Auftrag - und von Attac mitherausgegebene - [Studie „Verkaufte Demokratie“](#) zum Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) ganz deutlich.

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zeigt deutlich auf, was geschehen kann, wenn Industrieländer sich gegenseitig privilegierte Klagerechte für multinationale Konzerne einräumen: Insgesamt 37 Mal wurde Kanada von US-amerikanischen Konzernen verklagt. In Summe musste das Land Entschädigungen in Höhe von umgerechnet knapp 153 Millionen Euro an ausländische Investoren bezahlen. Aber auch kanadische Konzerne haben erfolgreich über ihre Tochterfirmen in den USA das Sonderklagerecht eingesetzt. „Die Studie zeigt genau diese Machenschaften auf. Punktuelle Verbesserungen am Investor-Streit-Verfahren selbst ändern nichts am Grundprinzip des Investitionsschutzes, der multinationalen Konzernen Sonderklagerechte einräumt. Diese werden sie dann in der Praxis auch nutzen, womit eine regelrechte Klagswelle gegen die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Kanada zu befürchten ist“, kritisiert Elisabeth Beer, CETA-Expertin in der EU-Abteilung der Arbeiterkammer Wien.

CETA gibt den Konzernen die Möglichkeit, das nationale Gerichtswesen zu umgehen und vor privaten Investitionsschiedsgerichten zu klagen. Dazu Beer: „Wir sollten von den Erfahrungen Kanadas lernen und nicht ein weiteres Investitionsschutzregime vereinbaren.“ Denn zwischen stabilen Rechtsräumen, wie der EU und Kanada, besteht keine Notwendigkeit, ein eigenes Rechtssystem zum Schutz ausländischer Investoren zu errichten.

Alexandra Strickner von Attac Österreich ergänzt: „Die Klagerechte in CETA räumen Konzernen Eigentumsrechte ein, die weit über das hinausgehen, was in nationalen Verfassungen oder im Europarecht vorgesehen ist. Konzerne erhalten somit Privilegien, die sonst niemand in der Gesellschaft hat – weder die BürgerInnen noch inländische Betriebe. Einziger Zweck ist es, Konzernen die Möglichkeit zu geben, sich gegen Regulierungen wie Umwelt- oder Gesundheitsgesetze abzuschotten. Die Klagerechte sind somit nichts anderes als Protektionismus für Konzernprofite.“

Übrig bleiben am Ende die SteuerzahlerInnen, die die von den Staaten zu leistenden Schadenersatzzahlungen finanzieren müssen. „Denn oftmals wurden auch Entschädigungen für zukünftig zu erwartende Gewinne bezahlt“, sagt AK Expertin Beer.

<http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2016/09/19/neue-ceta-studie-klagswelle-ist-zu-befuerchten.html>

Die Studie: <http://bit.ly/2cjquvr>

## **Greenpeace: SPD-Beschluss zu CETA ist ein fauler Kompromiss**

### **Giftzähne im Abkommen bleiben aufrecht - Österreich muss jetzt ein Veto einlegen**

*Wolfsburg/Wien (OTS)* - Die Umweltschutzorganisation Greenpeace bewertet den heute beim SPD-Konvent im deutschen Wolfsburg getroffenen Beschluss zu CETA als völlig unzureichend. Die wesentlichen Kritikpunkte am Handelspakt werden dadurch nicht behoben. Umso wichtiger ist es, dass Österreich seine Möglichkeit zu einem Veto nutzt, wenn die Giftzähne des Abkommens nicht durch Nachverhandlungen des CETA-Textes selbst entfernt werden, so Greenpeace.

„Das Ergebnis des SPD-Konvents zeigt, dass sich SPD-Chef Sigmar Gabriel offenbar gegen breite Kritik innerhalb seiner Partei durchgesetzt und einen faulen Kompromiss ausgehandelt hat“, so Hanna Simons, Sprecherin von Greenpeace Österreich: „Denn der Beschluss lässt Hintertüren offen, die eine Verabschiedung des Abkommens ohne Änderungen am bestehenden Vertragstext ermöglichen.“ Der Abschluss von CETA könnte dann mit einer bloßen Zusatzklärung vorangetrieben werden, wie sie die EU-Handelskommissarin Malmström und die kanadische Handelsministerin Freeland vorsehen. „Doch ohne Änderungen am bestehenden Vertragstext kann die Gefahr für hohe Standards und demokratische Spielräume nicht beseitigt werden“, warnt Simons. Umso wichtiger sei jetzt ein entschlossenes Handeln der österreichischen Bundesregierung. „Morgen wird das Ergebnis der SPÖ-Mitgliederbefragung zu CETA bekannt gegeben. Wir gehen davon aus, dass sich Bundeskanzler Kern bei einem klaren ‚Nein‘ der Parteibasis in seiner Linie bestärkt sieht, dass der CETA-Vertrag in der jetzigen Form keine Zukunft hat“, so Simons. „Österreich kann und muss daher durch die Verweigerung der Unterschrift ein Veto einlegen, wenn die problematischen Elemente nicht durch Nachverhandlungen aus dem CETA-Text entfernt werden können.“

Greenpeace fordert für den morgigen Ministerratsbeschluss eine gemeinsame Position der österreichischen Bundesregierung zu CETA. „Grundlage dafür muss die kritische Haltung in der österreichischen Bevölkerung sein, die sich mit Verfahrenstricks und faulen Kompromissen sicher nicht abpeisen lässt. Die Giftzähne des Abkommens müssen gezogen werden“, so Simons anschließend.

Grafik zum Abstimmungsprozess von CETA - Österreichs Rolle (PRINT) finden Sie hier (© Angie Rattay & Partners): <http://bit.ly/2cohzHD>

Grafik zum Abstimmungsprozess von CETA - Österreichs Rolle (WEB) finden Sie hier (© Angie Rattay & Partners): <http://bit.ly/2d9PJxo>

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160919\\_OTS0180/greenpeace-spd-beschluss-zu-ceta-ist-ein-fauler-kompromiss](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160919_OTS0180/greenpeace-spd-beschluss-zu-ceta-ist-ein-fauler-kompromiss)

## **Greenpeace: Geplante CETA-Zusatzklärung ist Vertragskosmetik**

### **Bundeskanzler Kern muss Vetomöglichkeit durch Verweigerung der Unterzeichnung nutzen**

Wien/Berlin (OTS) - Greenpeace übt scharfe Kritik am Vorhaben, den Abschluss des EU-Kanada-Handelspakts CETA mithilfe einer Zusatzklärung zwischen EU und Kanada retten zu wollen, anstatt das Abkommen selbst nachzuverhandeln. Laut dem deutschen Wirtschaftsministerium arbeiten die kanadische Handelsministerin und die EU-Handelskommissarin an einer „gemeinsamen, rechtsverbindlichen Erklärung, in der bestimmte Klarstellungen vorgenommen werden sollen“. Greenpeace fordert Bundeskanzler [Christian Kern](#) auf, bei seinem morgigen Treffen mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau klar gegen eine derartige Vertragskosmetik aufzutreten und, wie von ihm angekündigt, substanzielle Nachverhandlungen beim Vertrag zu veranlassen. Falls dies von Kanada zurückgewiesen wird, müsse Österreich durch Verweigerung der Unterzeichnung ein Veto gegen CETA in der vorliegenden Form einlegen.

„Eine Zusatzklärung ohne Änderungen am vorliegenden CETA-Text ist reine Kosmetik und nichts weiter als eine Beruhigungspille, mit der die kritische Öffentlichkeit eingelullt werden soll“, so Greenpeace-Geschäftsführer Alexander Egit. Insbesondere solle damit wohl der Basis der deutschen SPD, die beim heute stattfindenden Parteikonvent über ihre Position zu CETA entscheidet, Sand in die Augen gestreut werden. Der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte erklärt, dass die Erklärung Präzisierungen in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen, Investitionsschutz, Arbeitsstandards und öffentliche Beschaffung beinhalten solle. „Eine Aushöhlung von Standards und von demokratischen Handlungsspielräumen könnte aber nur durch ein Ziehen der verschiedenen Giftzähne im bestehenden Vertragstext selbst wirksam verhindert werden“, betont Egit. Denn die Gefahren in CETA gehen nicht nur von vagen Formulierungen aus, sodass sie durch zusätzliche Interpretationsleitlinien einfach beseitigt werden könnten. Vielmehr sind sie vielfach eine unvermeidbare Konsequenz von in CETA verankerten Elementen, wie etwa Sonderklagerechte für ausländische Investoren oder der Einsatz des sogenannten „Negativlistenansatzes“ im Dienstleistungskapitel. Daher könnte die geplante Zusatzklärung den Schaden, der durch den bestehenden Vertragstext entstände, selbst dann nicht kompensieren, wenn sie schlussendlich tatsächlich rechtsverbindlichen Charakter haben sollte.

Auch die inhaltlichen Ausführungen von Wirtschaftsminister Gabriel zur geplanten Zusatzklärung bei einer Pressekonferenz in Kanada verdeutlichen deren Unzulänglichkeit: Beim Investitionsschutz sollen offenbar nur Präzisierungen zur Unabhängigkeit der Schiedsrichter getroffen werden. Davon würde jedoch zum Beispiel das Problem der zusätzlichen materiellen Schutzrechte für ausländische Investoren unberührt bleiben: Diese diskriminieren inländische Unternehmen und können als Grundlage für Klagen gegen staatliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse verwendet werden. Die Präzisierungen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen ändern beispielsweise nichts am Negativlistenansatz, durch den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse grundsätzlich unter verstärktem Liberalisierungsdruck geraten. Darüber hinaus lässt die geplante Zusatzklärung mit ihrem Fokus auf die vier von Gabriel genannten Bereiche auch verschiedene Giftzähne in anderen Bereichen unberührt. „Die österreichische Bundesregierung darf sich von dem Ablenkungsmanöver durch Zusatzklärungen nicht täuschen lassen und muss CETA in der vorliegenden Form ablehnen“, so Egit abschließend.

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160919\\_OTS0015/greenpeace-geplante-ceta-zusatzklaerung-ist-vertragskosmetik?asbox=box1&asboxpos=1](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160919_OTS0015/greenpeace-geplante-ceta-zusatzklaerung-ist-vertragskosmetik?asbox=box1&asboxpos=1)

Von Aert van Riel, 19.09.2016

## Der ausgebliebene SPD-Aufstand

### **Parteikonvent stimmt mit einer Mehrheit von etwa zwei Dritteln für das CETA-Abkommen**

Mit ein paar kleinen Versprechen ist es Sigmar Gabriel gelungen, die Zustimmung seiner Partei zu CETA zu erreichen. Der Konvent stärkt auch seine Stellung als Chef der Sozialdemokraten.

So entspannt wie an diesem Montagabend hat Sigmar Gabriel lange nicht gewirkt. Nach vielen durchwachsenen Wahlergebnissen kann er vor den Journalisten endlich wieder einen persönlichen Erfolg verkünden. Der SPD-Vorsitzende hat soeben bei einem Kleinen Parteitag, den die Sozialdemokraten Konvent nennen, seine Partei davon überzeugt, unter Bedingungen für das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA zu stimmen. Etwa zwei Drittel der mehr als 200 Delegierten folgen dem Antrag des Parteivorstands. »Ich bin stolz auf die SPD, weil wir eine Diskussion geführt haben mit respektablen Argumenten auf beiden Seiten«, erklärt Gabriel nach der Veranstaltung, die im Wolfsburger CongressPark unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Der SPD-Chef hatte lange mit seinen internen Kritikern um eine Einigung gerungen.

Ein Kompromiss, mit dem viele Funktionäre der Partei leben können, wird erst kurz vor Beginn des Konvents erzielt. Somit kann ein möglicher interner Aufstand gegen Gabriel noch abgewendet werden. Beteiligt an den entscheidenden Gesprächen sind sowohl Vertreter des konservativen Flügels der Partei wie Fraktionsvize Hubertus Heil als auch moderate SPD-Linke wie der Sprecher der Parlamentarischen Linken im Bundestag, Matthias Miersch, und der stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Stegner. Der Leitantrag wird entsprechend geändert. Darin heißt es nun, dass sichergestellt werden müsse, dass durch CETA im Bereich des Investorenschutzes keine Bevorzugung von ausländischen gegenüber inländischen Investoren und Bürgern stattfinden dürfe. Des Weiteren solle das in der EU geltende Vorsorgeprinzip und ein Sanktionsmechanismus bei Verstößen der Vertragspartner gegen Arbeits-, Sozial und Umweltstandards festgeschrieben werden. Fraglich bleibt allerdings, wie diese Forderungen noch umgesetzt werden können. Denn Nachverhandlungen zu CETA gelten als ausgeschlossen. Der Vertrag soll in wenigen Wochen unterzeichnet werden.

Gabriel verkündet, dass er mit der kanadischen Regierung eine rechtsverbindliche Erklärung zu den genannten »Klarstellungen« abgeben wird. Dies überzeugt offenbar nicht alle Delegierten, die befürchten, dass Großkonzerne vor dem neu eingerichteten CETA-Tribunal den deutschen Staat verklagen werden, wenn sie ihre Gewinne geschmälert sehen und somit Druck auf die Gesetzgebung ausüben können. Denn es reicht nicht, wenn allein Deutschland und Kanada für eine Zusatzklärung zu CETA sind. Auch alle anderen europäischen Staaten müssten zustimmen. Zudem soll das Abkommen trotz aller möglichen Zusätze im Kern so bleiben, wie es ist. Neuverhandlungen sind ausgeschlossen.

Die Führung der Sozialdemokraten verspricht außerdem, vor der vorläufigen Anwendung von CETA die nationalen Parlamente, das europäische Parlament und gesellschaftliche Gruppen stärker einzubinden. Dies solle durch einen »ausführlichen Anhörungsprozess« gewährleistet werden. In dem Prozess müsse geklärt werden, welche Teile des CETA-Vertrags in nationale und welche in europäische Zuständigkeit fallen. Es ist geplant, dass nur letztere Teile des Abkommens vorläufig in Kraft treten. Vollständig soll CETA erst dann gelten, wenn auch alle nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten für das Abkommen votiert haben.

Deutlich unterscheiden will Gabriel zwischen CETA und TTIP. Die Verhandlungen über den Vertrag zwischen US-Amerikanern und Europäern stocken derzeit. Der SPD-Vorsitzende hatte das Abkommen lange befürwortet, gibt sich aber seit einiger Zeit als Kritiker. »CETA ist keine Blaupause für TTIP«, behauptet er. Vielmehr sei der Vertrag mit den Kanadiern wegen seiner

»hohen Standards« ein »Schutz vor schlechten Abkommen«.

Ein besonders großes Lob sprechen Gabriel und sein Parteifreund Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, der kanadischen Handelsministerin Cynthia Freeland aus, die bei dem Konvent für CETA geworben hatte. Weitaus größeres Gewicht für viele eher linke Delegierte dürfte aber die Rede des DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann gehabt haben, der sich für eine Zustimmung zum Vorstandsantrag ausspricht. Auf ein anderes Votum hatten die etwa 150 Globalisierungskritiker und Umweltschützer gehofft, die vor der Halle in Wolfsburg demonstrieren. Am Wochenende waren sogar mehr als 300 000 Menschen gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen auf die Straßen gegangen.

Sigmar Gabriel wird das nicht mehr kümmern. Er hat nun von seiner Partei das Mandat, sich als Bundeswirtschaftsminister weiterhin für die Umsetzung von CETA einsetzen zu dürfen. Das deutlicher als von vielen Beobachtern erwartete Votum des Konvents wird ihn außerdem in seinem Vorhaben bestärken, im kommenden Jahr Kanzlerkandidat seiner Partei zu werden. Auch Martin Schulz traut ihm offenbar einiges zu. »Sigmar Gabriel hat Führungsfähigkeiten unter Beweis gestellt«, erklärt er.

Ob Gabriel als Kanzlerkandidat neben der Unterstützung von SPD-Funktionären auch auf weite Teile der Bevölkerung zählen kann, steht indes auf einem anderen Blatt. Die Freihandelspolitik ist jedenfalls kein Feld, auf dem der wenig beliebte Politiker bei den Wählern Pluspunkte sammeln kann.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1026080.der-ausgebliebene-spd-aufstand.html>

## **Attac: SPD-Konvent verleugnet rote Linien bei CETA SPD-Konvent stimmt Antrag des Vorstandes zum Freihandelsabkommen zu / Parteispitze geht winzige Schritte auf ihre Kritiker zu / Giegold (Grüne): Parteilinke sollen mit »prozeduralen Änderungen« ruhiggestellt werden**

### **Update 19.20 Uhr: »Die SPD verleugnet die von ihr selbst gezogenen roten Linien«**

Für die Zustimmung des SPD-Konvents zum CETA-Antrag der Parteispitze hagelt es weiterhin heftige Kritik. »Die SPD verleugnet die von ihr selbst gezogenen roten Linien«, warnt das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Mit dieser Entscheidung stimme »die SPD einer weiteren Machtausweitung der großen Konzerne zu« und beschneide gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten, warnte Attac-Handelsexperte Roland Süß. Die von SPD-Chef Sigmar Gabriel versprochenen Zusatzerklärungen würden nichts am Geist des Abkommens ändern.

### **Update 19.00 Uhr: Parteilinker Miersch fordert von CETA-Skeptikern Einstieg in den Diskurs**

Nach der Zustimmung des SPD-Parteikonvents zum CETA-Abkommen hat der Parteilinke Matthias Miersch Skeptiker aufgefordert, sich am Diskurs über das Handelsabkommen zu beteiligen. Der ausgehandelte Kompromiss sehe vor, dass es vor der vorläufigen Anwendung von Teilen des CETA-Abkommens einen »ausführlichen Anhörungsprozess« zwischen dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und gesellschaftlichen Gruppen gebe. »Alle, die sich in den letzten Wochen artikuliert haben, können nun in diesen Diskurs einsteigen«, sagte Miersch mit Blick auf die Proteste, die es zuletzt gegen das Abkommen gegeben hatte.

Der SPD-Politiker äußerte sich zufrieden mit dem Ergebnis des Konvents. »Die Debatte war sehr, sehr sachlich. Ich bin stolz auf diese Partei.« Die SPD habe sehr mit sich gerungen und schließlich den Kompromiss akzeptiert. »Das ist mehr Demokratie wagen in Europa«, sagte Miersch. Man habe die Bedingungen verschärft, die für die Sozialdemokraten für ein Ja zu CETA gelten.



### **Update 18.10 Uhr: BUND kritisiert Votum des SPD-Treffens**

Mit Enttäuschung reagiert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf die Entscheidung des SPD-Konvents zugunsten des umstrittenen CETA-Abkommens: Damit habe sich eine Mehrheit der Delegierten über den Protest Hunderttausender Kritiker und die ablehnende Haltung großer Teile der SPD-Basis hinweggesetzt, kritisierte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. »Gabriel hat es geschafft, den Konvent mit Versprechungen und Vertröstungen über eventuelle Ceta-Nachbesserungen auf seine Seite zu ziehen. Große Teile der SPD und ihrer Wähler sehen die Freihandelsabkommen kritisch. Hunderttausende demonstrieren gegen Ceta und TTIP und die SPD schafft es nicht, über ihren Schatten zu springen und sich von Ceta zu verabschieden«, sagte Weiger.

### **Update 17.45 Uhr: Konvent stimmt für CETA**

Der SPD-Konvent hat vor wenigen Minuten den Antrag des Parteivorstands mit Mehrheit beschlossen. Genaue Zahlen zum Ergebnis gibt es nicht, da auf eine Auszählung verzichtet wurde. Aus Kreisen der Delegierten hieß es aber, der Beschluss sei mit Zweidrittelmehrheit gefallen. Vorausgegangen war der Entscheidung eine teilweise heftige Debatte zum umstrittenen Freihandelsabkommen mit Kanada. So hatten Vertreter der SPD-Jugendorganisation Jusos einen weiteren Konvent beantragt, waren mit ihrem Ansinnen allerdings klar gescheitert.

### **Update 16.40 Uhr: Parteispitze geht winzige Schritte auf Kritiker zu**

Die Parteispitze bemühte sich nun mit der Kompromisslinie, auf die Kritiker zuzugehen - und nahm dazu einige Änderungen in ihren Leitantrag auf. Die vorläufige Anwendung des Abkommens war ein wesentlicher Grund für den Widerstand gegen Ceta gewesen. In dem »Anhörungsprozess« vor einer Abstimmung im Europäischen Parlament soll - laut der neuen Linie - geklärt werden, welche Teile des Ceta-Vertrages in nationale und welche in europäische Zuständigkeit fallen. Bis zum Ende der Beratungen soll das Abkommen vorläufig nicht umgesetzt werden.

In dem Änderungsantrag für den Konvent, der der dpa vorliegt, sind außerdem einige Leitplanken für die SPD konkreter formuliert. Unter anderem heißt es darin: »Im Bereich des Investorenschutzes muss mit Blick auf die Rechtstatbestände, wie z.B. 'faire und gerechte Behandlung' und 'indirekte Enteignung' sichergestellt werden, dass keine Bevorzugung von ausländischen gegenüber inländischen Investoren oder Bürgerinnen und Bürgern stattfinden.«

Rechtsverbindlich festgeschrieben werden sollen zudem das in der EU geltende Vorsorgeprinzip und ein Sanktionsmechanismus bei Verstößen der Vertragspartner gegen Arbeits-, Sozial und Umweltstandards. Gremien, die durch Ceta gebildet werden, sollen zudem zunächst nur beratende Funktionen haben. Rechte von Parlamenten und Regierungen dürften durch sie nicht eingeschränkt werden. Außerdem dürften »bestehende und künftig entstehende Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge« nicht vom Ceta-Abkommen erfasst werden.

Ob sich die Delegierten davon überzeugen lassen, ist offen. Gabriel braucht beim Konvent eine Mehrheit für seinen Kurs als »Mandat« für das weitere Prozedere auf EU-Ebene. Sollten sich die Delegierten mehrheitlich gegen seine Linie stellen, ist Gabriels politische Zukunft ungewiss.

Der Grünen-Politiker Sven Giegold hatte die [Änderungsanträge](#) ebenfalls öffentlich gemacht. [Via Twitter](#) erklärte er, der SPD-Vorstand wolle die CETA-Kritiker mit »prozeduralen Änderungen ruhigstellen«.

### **Update 14.45 Uhr: Gemeinsame Erklärung von Gabriel und kanadischer Handelsministerin**

Kurz vor Beginn des SPD-Konvents melden sich Sigmar Gabriel und die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland gemeinsam zu Wort. »Wir sind überzeugt davon, dass CETA zu einer Verbesserung des freien und fairen Handels zwischen der EU und Kanada führen wird«, schreiben die beiden Minister in einer Erklärung, die am Montagmittag veröffentlicht wurde. Durch CETA würden Handelshemmnisse abgebaut und gleichzeitig wird ein hohes Schutzniveau für Verbraucher, Arbeitnehmer und die Umwelt garantiert.

Bezüglich strittiger Themen unterstützen Gabriel und Freeland die Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Canadian Labour Congress (CLC) vorgelegten Vorschläge, »die für uns einen wichtigen Beitrag zur Präzisierung, insbesondere bei den Themen Investitionsschutz, Arbeitnehmerrechte, öffentliche Daseinsvorsorge sowie öffentliches Beschaffungswesen und Vorsorgeprinzip darstellen«, wie es in der Erklärung heißt. »Wir unterstützen die Bemühungen der kanadischen Regierung und der Europäischen Kommission, noch vor der Entscheidung des Europäischen Rates zu CETA und vor der Unterzeichnung des Abkommens am 27./28. Oktober sowie vor dem Beginn der parlamentarischen Ratifizierungsphase eine Einigung auf weitere Klarstellungen zu diesen wichtigen Bereichen zu erzielen«, so Gabriel und Freeland zum weiteren Fahrplan.

**Update 14.35 Uhr: SPD-Vorstand stimmt »Anhörungsprozess« vor Ceta-Abstimmungen zu**  
Kurz vor Beginn des Parteikonvents in Wolfsburg stimmte der SPD-Vorstand Vorschlägen zu, die Parteichef Sigmar Gabriel mit der Parteilinken ausgehandelt hatte. Dies erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus Parteikreisen. Vor einer vorläufigen Anwendung des Ceta-Abkommens soll es demnach einen »ausführlichen Anhörungsprozess« zwischen dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten und gesellschaftlichen Gruppen geben. In dem Anhörungsprozess vor einer Abstimmung im Europäischen Parlament soll demnach geklärt werden, welche Teile des Ceta-Vertrages in nationale und welche in europäische Zuständigkeit fallen. Bis zum Ende der Beratungen soll das Abkommen vorläufig nicht umgesetzt werden.

**Update 14.25 Uhr: Proteste begleiten SPD-Parteikonvent**  
Vor dem SPD-Parteikonvent in Wolfsburg haben erneut einige hundert Demonstranten gegen Ceta protestiert. »Ceta stoppen« und »Besser kein Abkommen als ein Schlechtes«, skandierten Aktivisten von Umweltverbänden, Linkspartei, Gewerkschaften und den Netzwerken Attac und Campact.

### **CETA: Parteilinke sieht »Mordsdruck« vor SPD-Konvent**

Berlin. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat am frühen Montagmorgen in Wolfsburg gegen das Freihandelsabkommen CETA protestiert. Die Umweltschützer projizierten vor dem SPD-Parteikonvent mit einem Himmelscheinwerfer einen roten Strahl vor dem Wolfsburger Congresspark in die Luft, wie die Organisation mitteilte. Dieser symbolisiere die Mindeststandards, die die Partei sich selbst gesetzt habe. »Die SPD soll ihre roten Linien auch einhalten. Daran wollen wir sie erinnern«, sagte Greenpeace-Aktivist Matthias Flieder der Deutschen Presse-Agentur am Montag. »Wir fordern die SPD auf, CETA konsequent abzulehnen.«

Die Sozialdemokraten entscheiden am Montag auf einem Parteitag in Wolfsburg, ob sie das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada mittragen. Parteichef und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat sich für den Vertrag stark gemacht. Vom linken Flügel der SPD bekommt er dafür heftige Kritik.

Die SPD-Linke Hilde Mattheis hat vor dem Parteikonvent zum umstrittenen Freihandelsabkommen CETA davor gewarnt, das Votum als Abstimmung über SPD-Chef Sigmar Gabriel zu werten. In der ARD sagte die stellvertretende Vorsitzende der parlamentarischen Linken in der SPD, dadurch entstehe ein »Mordsdruck« auf die Delegierten. Sie sollten sich lieber die Argumente zum Abkommen zwischen der EU und Kanada anhören und dann entscheiden. Im Gegensatz zu Wirtschaftsminister Gabriel haben SPD-Linke, Jusos und mehrere Landesverbänden große Vorbehalte gegen die vorliegende Fassung des Abkommens.

Vor dem Parteikonvent hat SPD-Generalsekretärin Katarina Barley um Zustimmung geworben. »Mit der kanadischen Regierung unter Premierminister Trudeau haben wir einen fortschrittlichen Verhandlungspartner, der die gleichen Ziele hat wie wir«, sagte Barley der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. »Gemeinsam können wir aus einem guten Abkommen ein noch besseres machen.« Die Globalisierung brauche klare Regeln. » CETA kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.« Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat seine Partei

aufgerufen, sich bei ihrer Entscheidung über das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada nicht von den Demonstrationen der Kritiker beeinflussen zu lassen. Zwar spielten die Proteste Zehntausender gegen das Abkommen eine Rolle in der Debatte, sagte Schäfer-Gümbel der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Post«. »Aber abhängig sollten wir uns davon nicht machen.«

Die SPD-Spitze plädiert dafür, im parlamentarischen Verfahren noch Nachbesserungen zu erreichen - durch Vereinbarungen zusätzlich zum CETA-Vertrag. »Wir haben klare Forderungen formuliert, die wir umsetzen wollen«, sagte Barley. »Das wollen wir durch rechtlich verbindliche Klarstellungen zum bestehenden Vertragstext erreichen.« Gabriel war vor wenigen Tagen nach Kanada gereist und hatte von der dortigen Regierung das Signal mitgebracht, dass eine Zusatzklärung mit Klarstellungen möglich sei. Die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland wird selbst auf dem Konvent in Wolfsburg erwartet.

Im linken Flügel der Partei bleibt Skepsis. Mattheis wertete die Aussicht auf Nachbesserungen als unrealistisch. »Das wäre doch paradox, jetzt zuzustimmen, aber genau zu wissen, dass es keine Chance für Verbesserungen in Nachverhandlungen gibt«, sagte sie der »Südwest Presse«. Sie sehe »eine realistische Chance, dass der Konvent Nein zu CETA sagt, der Druck von der Parteibasis ist enorm«.

Am Samstag waren Zehntausende Gegner der geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada, TTIP und CETA, auf die Straße gegangen. Die gesellschaftliche Debatte habe längst Einfluss auf den CETA-Vertrag genommen, sagte Schäfer-Gümbel. So seien SPD-Positionen zum Investorenschutz und zu den Arbeitsbedingungen durchgesetzt worden.

Die Abkommen CETA und TTIP sollen Handels- und Investitionshemmnisse abbauen. Die Gegner befürchten eine Absenkung von Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz sowie im Pflege-, Gesundheits- und Bildungssektor. CETA ist bereits ausverhandelt und soll nach den bisherigen Plänen im Oktober von der EU und Kanada unterzeichnet werden. *Agenturen/nd*

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1025965.attac-spd-konvent-verleugnet-rote-linien-bei-ceta.html>

Von Aert van Riel

19.09.2016

**»Unsere roten Linien werden bei CETA nicht eingehalten«**

**Der Berliner SPD-Politiker Jan Stöß lehnt als einziges Vorstandsmitglied die Freihandelspolitik der Parteispitze ab. Ein Gespräch vor dem SPD-Konvent**

**Sie haben vor wenigen Tagen im SPD-Vorstand als einziges Mitglied den Leitantrag zum europäisch-kanadischen Freihandelsabkommen CETA abgelehnt. Warum?**

Wir hatten im Parteivorstand zu dieser Frage eine durchaus differenzierte Debatte. Einigkeit bestand allerdings darin, dass die roten Linien, welche die SPD für CETA aufgestellt hat, überschritten sind und weiterhin Änderungen notwendig sind. Das steht ja auch so im Leitantrag. Mich überzeugt aber das Vorgehen nicht, erst im Ministerrat zuzustimmen und dann auf das parlamentarische Verfahren zu verweisen. Die logische Schlussfolgerung daraus, dass die roten Linien nicht eingehalten sind, ist eben, nicht zuzustimmen, bis unsere Mindestanforderungen erreicht sind.

**Welche Kritikpunkte haben Sie konkret am Leitantrag der SPD-Spitze?**

Ich kritisiere, dass es nach der Umsetzung von CETA weiter Sondergerichte geben soll. Zwar soll nun statt privater Schiedsstellen ein Handelsgerichtshof eingerichtet werden, aber ich teile die Kritik des Deutschen Richterbundes und der Gewerkschaft ver.di, dass das in der jetzigen Ausgestaltung noch keine unabhängige Gerichtsbarkeit nach den Maßstäben des Grundgesetzes ist. Deswegen halte ich an der Forderung fest, dass der Investitionsschutz komplett aus dem Abkommen verschwinden müsste. Eine große Berliner Befürchtung ist, dass wir unsere Politik der Rekommunalisierung im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr fortsetzen könnten, wenn das Abkommen in Kraft tritt. Es atmet einen rekommunalisierungsfeindlichen Geist. Und die Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe öffnet ein Einfallstor für eine Überformung unseres Rechts durch neoliberale Ideologie.

### **Wie wird der Leitantrag in Ihrem Landesverband bewertet?**

Die Berliner SPD hat sich sehr früh auf Landesparteitagen auf eine kritische Haltung zu CETA und TTIP festgelegt. Ich habe im September 2014 im Parteivorstand dafür gestritten, dass die Kriterien, die wir für TTIP aufgestellt haben, auch für CETA gelten. Daran gab es damals viel Kritik, weil gesagt wurde, dass das Abkommen ausverhandelt sei. Trotzdem sind dann doch noch Verhandlungen und Änderungen möglich gewesen. Der Berliner Landesverband steht hier sehr geschlossen. Meine Haltung im Parteivorstand hat durch den Berliner Landesvorstand eine einstimmige Billigung erfahren. Ich freue mich über die Rückendeckung des Landesverbandes.

### **Also rechnen Sie damit, dass auch Delegierte aus Berlin beim Parteikonvent in Wolfsburg am Montag den Leitantrag ablehnen werden?**

Ich gehe davon aus, dass die Berliner Delegation dem Votum des Landesparteitags und dem Votum des Landesvorstands folgen wird.

### **Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel ist kürzlich von einer Reise nach Kanada zurückgekehrt, wo er sich mit Regierungschef Justin Trudeau noch einmal über CETA unterhalten hat. Wie bewerten Sie die Ergebnisse?**

Zunächst muss man positiv in Rechnung stellen, dass Sigmar Gabriel in den Verhandlungen mit Kanada durchaus weitreichende Verbesserungen erreicht hat. Nun hat es von der kanadischen Seite offenbar erneut ein Entgegenkommen gegeben. Aber eines muss man wissen: Diejenigen, die uns bei den Streitigkeiten auf der Grundlage des CETA-Investitionsabkommens auf der Klägersseite gegenüberstehen werden, sind nicht Leute wie der sympathische Herr Trudeau, sondern internationale Konzerne, die dann kleine deutsche Kommunen verklagen könnten. Da mache ich mir große Sorgen um die Waffengleichheit.

### **Sigmar Gabriel hat nach dem Gespräch mit Herrn Trudeau Klarstellungen zu CETA in Aussicht gestellt. Reichen diese, um aus CETA ein gutes Abkommen zu machen?**

Der Parteivorstand und der Konvent werden über diese Frage am Montag noch einmal beraten. Mir ist vor allem eines wichtig: Die roten Linien, die der Konvent im Jahr 2014 formuliert hat, müssen am Ende eingehalten werden. Das ist bis jetzt nicht der Fall.

### **Was würde eine Ablehnung des Konvents zu CETA für die Zukunft von Sigmar Gabriel bedeuten?**

Aus meiner Sicht ist die Abstimmung keine Machtfrage. Es handelt sich vielmehr um eine wichtige Sachfrage, in der man unabhängig von der Verquickung mit personellen Fragen diskutieren können muss.

### **In der SPD haben einzelne Abgeordnete einen Mitgliederentscheid über CETA gefordert. Könnte so eine Entscheidung getroffen werden, die dem Willen der Mehrheit der SPD-Mitglieder entspricht?**

Wir wollen beim Konvent eine Klärung erreichen. Wenn dies zugunsten der Kritiker ausgeht, wäre ein Mitgliederbegehren oder ein Mitgliedervotum in dieser Frage gar nicht mehr erforderlich. Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder CETA sehr kritisch sieht.

### **Und wenn sich die Kritiker nicht durchsetzen sollten? Plädieren Sie dann für einen**

## **Basisentscheid?**

Ich erwarte jetzt erst mal, dass wir bei dem Konvent wichtige Fortschritte machen. Danach sehen wir weiter.

**Sie gehören zur SPD-Linken, die von der Magdeburger Plattform geführt wird. Diese wollte die Parteilinke schlagkräftiger machen. Die Sprecher der Plattform haben sich aber nun unterschiedlich zum CETA-Antrag des SPD-Vorstands verhalten: Parteivize Ralf Stegner hat zugestimmt, Bundestagslinkensprecher Matthias Miersch sich enthalten, Jusochefin Johanna Uekermann plädiert für Ablehnung. Was bedeutet das für die Zukunft des Flügels?**

Die SPD-Linke hat ihr Vorgehen und die unterschiedlichen Akzentuierungen im Vorfeld sehr vertrauensvoll miteinander abgestimmt. Es ist auch legitim, dass man in so einer Sachfrage zu unterschiedlichen Entscheidungen kommt. Wir sind kein monolithischer Block und das muss auch nicht so sein.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1025936.unsere-roten-linien-werden-bei-ceta-nicht-eingehalten.html>

Von Aert van Riel

17.09.2016

## **Was kümmert uns unser Beschluss von gestern? SPD-Juristen kommen zu dem Schluss, dass CETA nicht den Parteienforderungen entspricht**

Der Freihandelsstreit in der SPD hat eine lange Geschichte. Bereits vor zwei Jahren war Sigmar Gabriel, der die Abkommen der EU mit den USA und Kanada, TTIP und CETA, grundsätzlich befürwortete, mit Vertretern der SPD-Linken im Parteivorstand heftig aneinandergeraten. Sie warfen ihrem Vorsitzenden vor, die negativen Auswirkungen der Freihandelsabkommen auszublenden. Letztlich wurde bei dem Parteikonvent Ende September 2014 ein Kompromiss geschlossen. Die SPD stellte diverse Bedingungen an die Vertragstexte.

Inzwischen stocken die Verhandlungen zu TTIP. Dagegen wurden die Gespräche zu CETA abgeschlossen. Ende Oktober soll das Papier beim EU-Kanada-Gipfel unterzeichnet werden. Zuvor wird am Montag ein weiterer Parteikonvent der SPD in Wolfsburg darüber entscheiden, ob das Abkommen den Anforderungen der Sozialdemokraten entspricht. Nach Ansicht des Parteivorstands steht einer vorläufigen Anwendung von Teilen des Vertrags nichts im Weg. Bis zur vollständigen Anwendung von CETA werden im parlamentarischen Verfahren noch einige Prüfungen versprochen sowie Klarstellungen und Präzisierungen in Aussicht gestellt.

So steht es in einem Leitantrag der SPD-Spitze für den Konvent. Dieser basiert in Teilen auf einer Synopse von Bernd Lange. Der Sozialdemokrat leitet den Handelsausschuss im Europäischen Parlament. Nach Ansicht von Lange entspricht CETA in fast allen Punkten den Kriterien, welche die SPD aufgestellt hat. Lange schreibt, dass in dem europäisch-kanadischen Abkommen in vielen Bereichen fortschrittlichere Regeln und Standards vereinbart worden seien als dies in bisherigen europäischen und nationalen Handelsabkommen der Fall gewesen sei. Weitgehend positiv werden in dem Text auch der Schutz der Daseinsvorsorge und Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterrechte bewertet.

Dagegen ignorierten die führenden Genossen eine ebenfalls in diesem Sommer erschienene Analyse von sozialdemokratischen Juristen und Sozialwissenschaftlern aus Nordrhein-Westfalen zu CETA, die weitaus kritischer ist als die Einschätzung von Bernd Lange. Autoren sind der Bielefelder Jurist Ridvan Ciftci, Folke große Deters, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen in NRW, sowie der Hochschulprofessor Dietmar Köster, der im Europaparlament sitzt.

### **CETA wird zur Nebenverfassung**

Sie erinnern daran, dass die SPD einst beschlossen hatte, dass in den Abkommen Investitionsschutzvorschriften grundsätzlich nicht erforderlich seien. Allerdings finden sich diese in Kapitel 8 des CETA-Vertrags. Darin wird ein Investor-Staat-Schiedsverfahren vereinbart. Die Autoren kritisieren, dass durch CETA eine Nebenverfassung und ein Nebenverfassungsgericht etabliert werden. Staaten können zu hohen Schadensersatzleistungen verpflichtet werden. Grundlage hierfür ist die »Beschränkung berechtigter Gewinnerwartungen« von Unternehmen. Im Zweifel könne dies zur Aufhebung eines Gesetzes führen. Das ähnele im Ergebnis einer verfassungsgerichtlichen Kontrolle, monieren die SPD-Rechtsexperten. Grundlage für die Entscheidungen der neu etablierten CETA-Schiedsgerichte sei nicht das nationale Recht, sondern CETA, das so zur Nebenverfassung werde.

### **Wohnungen und Investorenschutz**

Von CETA könnte etwa ein Berliner Gesetz betroffen sein, das die Zweckentfremdung von

Wohnraum als Übernachtungsmöglichkeit für Touristen verbietet. Kanadische Investoren könnten dagegen vor dem Schiedsgericht klagen und Schadensersatz für entgangenen Gewinn einfordern. Bei einem juristischen Erfolg würde ihnen als Ersatz die Differenz zwischen Wohnraumnutzung und Touristennutzung für ihre Immobilien zustehen. Diese Schadensersatzansprüche könnten auch für die Zukunft gelten, wenn das Gesetz durch die Berliner Landesregierung nicht zurückgenommen wird.

Es gibt weitere Forderungen der SPD, die ebenfalls nicht erfüllt werden. Laut Konventsbeschluss dürften »Schutzrechte für Arbeitnehmer, die Umwelt und Verbraucher in keinem Fall als nicht-tarifäre Handelshemmnisse interpretiert werden«. Das Gutachten belegt hingegen, dass durch CETA das Vorsorgeprinzip aufgegeben wird. Dieses ermöglicht es, Produkte zu verbieten, wenn Hinweise für ihre schädliche Wirkung vorliegen. Dagegen gilt bei CETA das Nachsorgeprinzip. Erst wenn ein eindeutiger wissenschaftlicher Nachweis für die Schädlichkeit eines Produkts vorliegt, wird dieses vom Markt genommen. Bis dies geschehen ist, tragen die Verbraucher das Risiko.

Zudem wird durch das Freihandelsabkommen festgelegt, dass Arbeiter und Angestellte nicht die Möglichkeit haben, bei Verletzungen ihrer Rechte vor dem Schiedsgericht zu klagen. Dies steht im Widerspruch zum SPD-Beschluss, wonach die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt sein muss wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. CETA sieht zur Durchsetzung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards lediglich ein dialogorientiertes Verfahren unter Einbindung der Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften vor. Dieses Verfahren sieht keine Sanktionsmöglichkeiten vor.

## **Drohende Privatisierungen**

Kritiker, die durch CETA weitere Privatisierungen befürchten, wollte die SPD mit dem Bekenntnis beruhigen, dass es »keinen direkten oder indirekten Zwang zu weiterer Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen« geben dürfe. Anstelle der »Negativlisten« sollte ein »Positivkatalog« erstellt werden. Dies wurde nicht getan. Auf einer »Positivliste« würden die Bereiche auftauchen, für die das Abkommen Gültigkeit haben sollte. Auf der »Negativliste« werden hingegen die Ausnahmen vom Privatisierungsgebot genannt. Demnach ist alles grundsätzlich erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Nach Angaben der SPD-Rechtsexperten unterliegen nach CETA etwa kommunale Energie- und IT-Dienstleistungen den Marktöffnungsverpflichtungen.

Wenn sich die politischen Mehrheiten ändern sollten und eine Regierung aus CETA aussteigen will, gilt das Abkommen weiterhin. Unternehmen haben dann 20 Jahre lang die Möglichkeit, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen. Die von der SPD angemahnte Kündigungsklausel hat somit nur eine geringe Wirkung.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1025821.was-kuemmert-uns-unser-beschluss-von-gestern.html>

## Jungewelt

### CETA: Grünes Licht für Gabriel

#### Parteikonvent unterstützt Abkommen mit Kanada. Proteste am Tagungsort

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat auf einem Parteikonvent grünes Licht für das europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA bekommen. Der Kleine Parteitag habe »mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln den Weg freigemacht zur Zustimmung« im Handelsministerrat der Europäischen Union (EU), sagte Gabriel am Montag nach dem Delegiertentreffen in Wolfsburg. Bis Ende Oktober werde noch eine rechtsverbindliche Erklärung der EU-Kommission und Kanadas mit Klarstellungen erwartet. »Das heißt, wir haben noch ein Stück des Weges vor uns.« Bevor das EU-Parlament im kommenden Jahr die vorläufige Anwendung von Teilen des Abkommens beschließe, solle das Parlament noch einen umfassenden Anhörungsprozess starten. Das sei »ein richtig guter Tag innerhalb der SPD« und für Regeln zur Globalisierung. Während der Parteikonvent sich auf ein Ja zu dem Vertrag festgelegt hat, gibt es vor allem an der Basis erheblichen Widerstand.

Am Montag vormittag war zunächst der Parteivorstand zusammengekommen. Nach Angaben von Teilnehmern der Beratung billigte das Gremium eine neue »Kompromisslinie«, auf die sich zuvor Gabriel mit dem Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, und dem SPD-Europaabgeordneten Bernd Lange verständigt habe. Demnach soll das Europaparlament einen Konsultationsprozess starten, bevor entschieden wird, welche Teile des Abkommens vorläufig anwendbar sind. Mit Miersch hat Gabriel damit einen Mann auf seiner Seite, der bisher als prominenter parteiinterner CETA-Kritiker galt. Der 47jährige sagte unmittelbar vor Beginn des Konvents im *Südwestrundfunk*, alle in der Partei hätten den Willen, »dass wir gemeinsam einen Weg beschreiten«. Die SPD habe Änderungen im Vertragstext »angemahnt«, die »teilweise berücksichtigt« worden seien. Weitere Modifizierungen durch Zusatzprotokolle zum bereits fertig verhandelten Vertragstext wurden im Leitantrag des Vorstands an den Konvent gefordert.

An der Tagung nahmen rund 200 Delegierte teil. Die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und die Jungsozialisten (Jusos) hatten es bislang abgelehnt, Gabriel grünes Licht für eine Zustimmung zu CETA im EU-Handelsministerrat zu geben. Vertreter der Parteiführung wiesen darauf hin, dass in den Verhandlungen über das Abkommen bereits viele Verbesserungen erreicht worden seien. So seien Positionen der SPD zum Investorenschutz und zur Sicherung von Arbeitsbedingungen durchgesetzt worden, sagte Parteivize Thorsten Schäfer-Gümbel der *Rheinischen Post* (Montagausgabe). Der Wohlstand Deutschlands als Exportnation hänge von internationalen Freihandelsabkommen ab, erklärte er.

Vor dem Tagungsort hatten sich einige hundert Demonstranten versammelt. Sie forderten die Delegierten auf, Parteichef Gabriel kein Mandat für eine Zustimmung zu CETA zu geben. (AFP/dpa/Reuters/jW)

<https://www.jungewelt.de/2016/09-20/010.php>